

Mittwoch,
30. November 2005
Wolfgang Bosbach



Deutschland sicherer
machen
Rede zur
Regierungserklärung

Bosbach: Modernes Beamtenrecht schaffen - nicht gegen die
Betroffenen, sondern mit den Betroffenen

In der heutigen Debatte zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin führte Wolfgang Bosbach u.a. folgendes aus:

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Zuerst gratuliere ich Ihnen, lieber Herr Dr. Schäuble, im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und - als Vertreter ohne Vertretungsmacht - der Koalition zu Ihrem neuen Amt. Ich weiß gar nicht, ob Sie vor Monaten damit gerechnet haben, dass Sie einmal Ihr eigener Nachfolger werden. Jedenfalls wissen wir die Innenpolitik des Bundes bei Wolfgang Schäuble in besten Händen. Wir wünschen Ihnen für die Arbeit viel Erfolg und auch das bisschen Glück und Fortune, das man haben muss, um ein guter Bundesinnenminister zu sein. Sie haben unsere volle Unterstützung.

Wie können Sie sich diese Unterstützung auf Dauer sichern?

Sie haben zum Schluss den zutreffenden Hinweis gegeben, dass Sie auch Sportminister sind. Wenn Sie bei dieser Gelegenheit auch die Kartenwünsche der Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen erfüllten, dann wäre Ihnen unsere Unterstützung auf Dauer sicher.

Eine weitere Bemerkung. Wenn es sonst schon keiner tut, dann will wenigstens ich es tun - er ist nicht hier; aber, Herr Kollege Wiefelspütz, Sie hatten doch die besten Beziehungen zu ihm -: Wir sollten uns auch bei dieser Gelegenheit bei dem Bundesinnenminister a. D. Otto Schily für seine Arbeit in den vergangenen Jahren bedanken.

Er war Bundesinnenminister in einer schwierigen Zeit. Er hat es uns nicht leicht gemacht. Wir haben es ihm nicht leicht gemacht. Insbesondere die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat manche harte Auseinandersetzung mit ihm geführt. Das ändert aber nichts an unserem Respekt vor seiner politischen Lebensleistung und deswegen danken wir ihm für seine Arbeit.

Ich möchte folgende drei Punkte ansprechen:

Erstens. Die Koalition möchte Deutschland sicherer machen. Natürlich haben wir es in unserem Leben mit der Spannung zwischen Sicherheit und Freiheit zu tun. Aber Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze und wir sollten nicht so tun, als wenn es Gegensätze wären. Es sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Ansonsten müsste man die Rechnung aufmachen: Je weniger Sicherheit wir haben, desto mehr Freiheit haben wir. Genau umgekehrt ist es richtig. Ich wiederhole: Es sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Bei allem, was wir zur Gefahrenabwehr tun, befinden wir uns in einem Abwägungsprozess: Auf der einen Seite wollen wir das Land sicherer machen, aber auf der anderen Seite wollen wir auch die Freiheitsrechte nicht aufgeben, sondern verteidigen. Das gilt übrigens auch für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Wir werden Rechtsstaatlichkeit und Freiheit nicht preisgeben; denn dann hätten die Terroristen schon ein Ziel erreicht, das sie erreichen wollen, nämlich die westliche Zivilisation zu destabilisieren.

Um auf das Thema Mautgesetz zurückzukommen: Diese Debatte nimmt mittlerweile wirklich skurrile Züge an.

Es ist doch ein Unterschied, ob sich ein Staat auf den Weg macht und sagt, wir sammeln auf Bundesfernstraßen und auf Bundesautobahnen alle Daten, die wir bekommen können, vielleicht können wir sie eines Tages einmal gebrauchen, oder ob er sagt, wir haben zu einem legitimen Zweck Daten gespeichert.

Im Übrigen, Frau Kollegin: Diese Daten werden selbstverständlich registriert. Das gilt auch in Bezug auf die Daten derjenigen, die bezahlt haben. Diese Daten werden nur nicht gespeichert. Aber zur Beantwortung der Frage, ob jemand die Mautgebühr geprellt hat oder nicht, muss man ja zunächst jedes Kennzeichen erfassen und die Daten derjenigen, die gezahlt haben, anschließend sofort löschen. Man speichert dann die Daten der so genannten Mautpreller. Speicherzweck ist also legitimerweise, an diejenigen heranzukommen, die die Mautgebühr geprellt haben.

Wir könnten die legitimerweise gespeicherten Daten dazu nutzen, schwerste Straftaten aufzuklären. Dazu sagt der Staat: Das tue ich nicht. Dazu muss ich sagen: Das kann ich nicht verstehen, egal wie die Debatten im Verkehrsausschuss gewesen sind.

Wir sollten uns über diese Thematik noch einmal in aller Ruhe unterhalten. Ich berufe mich ausdrücklich auf den Vorgänger von Herrn Schaar, auf Herrn Jacob, der gesagt hat: Es wird behauptet, der Datenschutz sei Täterschutz; wenn man mir eine Vorschrift nennt, die die Aufklärung von Straftaten behindert, dann bin ich bereit, darüber zu reden.

Eine solche Vorschrift ist die Vorschrift im Mautgesetz. Deswegen sollten wir über diese Vorschrift reden - ohne Zorn und Eifer. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Bevölkerung dagegen überhaupt nichts hat, weil es nämlich kein Bürgerrecht gibt, als Straftäter nicht entdeckt zu werden, und weil es auch kein Bürgerrecht gibt, Straftaten unerkannt begehen zu können.

Herr Kollege Ströbele, wie oft warnen Sie davor, die Bundesrepublik Deutschland sei auf dem Weg in den Überwachungsstaat? In düsteren Farben wird die Zukunft der Republik geschildert. In dem Moment, als Ihr Fahrrad gestohlen worden war, konnten Sie aber all Ihre Reden beiseite legen; da wären Sie heilfroh gewesen, wenn Sie mithilfe modernster Überwachungstechnik des Deutschen Bundestages Ihr Fahrrad schnell hätten zurückbekommen können. Was Ihnen Ihr Fahrrad, ist uns die Sicherheit von 82 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland.

Zweiter Punkt. Wir wollen mehr für Integration tun. Wir haben keinen Mangel an Zuwanderung, aber wir haben einen Mangel an Integration. Das bedeutet auf der

einen Seite: Wenn wir mehr Integration fordern, dann müssen wir auch mehr Integration fördern. Auf der anderen Seite geht der Appell an all jene, die zu uns kommen, aus welchen Gründen auch immer, sich um Integration zu bemühen; denn ohne Integrationsbereitschaft und ohne Integrationsfähigkeit, insbesondere ohne den festen Vorsatz, die deutsche Sprache in Wort und Schrift zu erlernen, kann Integration in Staat und Gesellschaft nicht funktionieren.

Nicht alle Nachrichten dieser Tage waren gut. Sie haben das Thema aber dankenswerterweise angesprochen. Hier die neuesten Zahlen: 94 000 Migrantinnen und Migranten ohne Rechtsanspruch, so genannte Bestandsausländer, befinden sich in Sprach- und Integrationskursen. 15 000 sind zur Teilnahme verpflichtet worden. 52 000 neu Zugewanderte und 31 000 Spätaussiedler sind in diesen Kursen. Also nehmen zurzeit knapp 200 000 Menschen an Sprach- und Integrationskursen teil.

Natürlich wird legitimerweise die Frage gestellt: Kostet das nicht eine Menge? Dies ist zu bejahen. Es ist eine gewaltige staatliche Anstrengung. Wir müssen uns aber auch fragen: Was kostet fehlgeschlagene Integration?

Sind die sozialen Folgekosten einer nicht erfolgten Integration für Staat und Gesellschaft auf Dauer nicht viel belastender als die Anstrengungen, die wir hier unternehmen?

Ich füge hinzu: Wir müssen uns insbesondere um die kleinen Kinder bemühen. Wir müssen in den Migrantenfamilien dafür werben, dass ihre Kinder möglichst schon in den Kindergarten kommen, sodass sie dort eine Förderung erfahren; denn wenn sie mit einem sprachlichen Handicap eingeschult werden, dann begleitet sie dieses sprachliche Handicap möglicherweise in ihrer gesamten Schullaufbahn.

Dritter Punkt. Wir wollen ein modernes öffentliches Dienstrecht, ein modernes Beamtenrecht schaffen - nicht gegen die Betroffenen, sondern mit den Betroffenen. Die Basis ist das, was BMI, Deutscher Beamtenbund und Verdi miteinander vereinbart haben.

Das aktuelle Thema ist nun das Weihnachtsgeld. Wahrscheinlich geht es auch manch anderem so wie mir: Vormittags beantworte ich die Briefe empörter Bürger, die schreiben: Jetzt müsst ihr aber mal den öffentlichen Dienst ein bisschen zur Sanierung der Staatsfinanzen heranziehen. - Nachmittags beantworte ich die Briefe empörter Beamtinnen und Beamten, die sich darüber beklagen, dass sie erneut zu ungerechtfertigten Sonderopfern herangezogen werden. Jeder meint natürlich, dass er Recht hat, und irgendwo hat auch jeder Recht. Das ist das Fatale an dieser Situation.

Es wäre gut, wenn diese Frage Besoldung/Versorgung - hier geht es auch um die Versorgung derjenigen, die sich im Ruhestand befinden - nicht den Haushaltspolitikern allein überlassen würde, sondern - das ist unsere Bitte, Herr Bundesinnenminister - dass auch der Innenausschuss des Deutschen Bundestags Gelegenheit erhielte, sich mit dieser Fachfrage zu beschäftigen.

Die Verwaltungsausgaben für den Schwerpunkt Personal betragen etwa 15 Milliarden Euro. In der Koalition ist verabredet worden, dass der Sparbeitrag pro Jahr 1 Milliarde Euro betragen soll, im Wesentlichen aufgebracht durch eine Reduzierung

des Weihnachtsgeldes und eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden. Wie das ausgestaltet wird, muss noch diskutiert werden. Dass wir bei den Einsparbemühungen um den öffentlichen Dienst, um die Verwaltungs- und Personalausgaben, keinen Bogen schlagen können, ist richtig. Wie wir das ausgestalten, müssen wir in diesem Hause, wie gesagt, noch diskutieren.

Dabei sollten wir allerdings eines bedenken: Wenn es gegen die Beamten geht, gibt es in jeder Versammlung Applaus.

Aber bevor jetzt Schadenfreude ausbricht, füge ich hinzu: Wenn es gegen die Politiker geht, gibt es genauso lauten Applaus. - Oder noch mehr Applaus. - Die Beamtinnen und Beamten haben deswegen einen Anspruch darauf, dass wir fair mit ihnen umgehen.

Wenn man einmal addiert, was wir diesem Personenkreis in den letzten Jahren zugemutet haben - seit 1998 hat es keinen realen Anstieg der Löhne mehr gegeben, wir haben das Urlaubsgeld gestrichen, wir haben die Arbeitszeit zweimal verlängert, wir haben die Beihilfe gekürzt -, kann niemand behaupten, dass die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes keinen Konsolidierungsbeitrag geleistet hätten.

In diesem Sinne - das ist die Schlussbemerkung - haben sie einen fairen Umgang verdient. Der Hinweis, dass sie sich in einem sicheren, unkündbaren Arbeitsverhältnis befinden, ist richtig; aber damit kann man natürlich nicht alles rechtfertigen. Deswegen müssen wir auf der einen Seite fair mit den Beamtinnen und Beamten umgehen, ihnen auf der anderen Seite aber auch deutlich machen, dass wir den öffentlichen Dienst bei den notwendigen Einsparungen nicht ausnehmen können.